

Liebe Mitbürger und Freunde der BI

Zu den Themen, über die Frau Penndorf und Frau Zwirnmann berichtet haben gibt es nichts Wesentliches zu ergänzen. Vergangene Woche gab es eine Antwort auf die Anfrage des Ortschaftsrates Borau im Stadtrat vom 19. 12. 2012 zu den Kalkulationen der HKB`I und II bzw. zur Zusammenarbeit mit der Fa. Kommunalservice Hannover. Die vom Oberbürgermeister darin gemachte Aussage weicht vom bisher gesagten in einem Punkt ab. Gingen wir auf Grund von seinen bisher mündlich abgegebenen Erklärungen davon aus, dass für die ZAW/AöR – Beitragskalkulationen (Abwassergebühr/HKB) ein neuer Dienstleister gesucht wird, so relativiert sich dies nun. Nicht anders ist die Aussage zu verstehen (Zitat): **„die Grobkalkulation zur Ermittlung des HKB I und II ist für das Gebiet der Abwasserbeseitigung AöR - WSF durch die KS – Kommunalservice GmbH ist abgeschlossen“**

Kein Wort zu den durch ZAW und Stadträten vorgestellten Initiativen zur Überprüfung dieser Kalkulationen.

Was als Neuausschreibung von Kalkulationsleistungen angekündigt wurde, reduziert sich auf folgendes:

„Als nächste Aufgabe steht die nachhaltige Ausstattung der AöR mit notwendigen geografischen Grundlegendaten an.

Zudem sollen die ermittelten Bemessungen in Form einer individuellen Anhörung schriftlich jedem einzelnen Beitragspflichtigen mitgeteilt werden, damit dieser die Gelegenheit bekommt, die eigenen flächenseitigen Bemessungen zu konkretisieren bzw. zu bestätigen“

Diese Leistung (und nicht die Beitragskalkulation, wie nach bisherigen Aussagen) sollen ausgeschrieben und an Dienstleister vergeben werden. Damit bleibt uns vermutlich die bei vielen Weißenfelsern in schlimmer Erinnerung verhaftete Fa. Kommunalservice Hannover mit NL Leiter Hr. Schuster erhalten, im schlimmsten Fall für beides. Was uns an diesen Aussagen am meisten bewegt ist, dass bisher im ZAW erreichte unter den Teppich gekehrt wird. Es geht um die aktive Suche nach alternativen Gestaltungsmöglichkeiten des HKB, wie sie bereits in einer Vielzahl an Kommunen auch in Sachsen Anhalt praktiziert wird (Vorteilsprinzip und Gleichbehandlungsprinzip). Auch kein Wort zum Vorschlag zur Begrenzung übergroßer eigen genutzter privater Wohngrundstücke. Man müsste annehmen, dass der bisherige Betriebsführer, die Stadtwerke Weißenfels, Gebühren auf der Grundlage gesicherter geografischer Daten eingezogen haben, dem scheint nicht so zu sein. **Hier stellt sich auch die Frage nach dem Warum und Weshalb bzw. Wer davon Vorteile hatte, welche Konsequenzen es gibt. Die Bürger werden sicher vergeblich auf eine Antwort warten.** Wenn unsere Stadtverordneten, die AöR Verwaltungsräte und die Verwaltung mit OBM denken auf Zeit setzen zu können, dann haben sie sich in uns getäuscht. Bei uns wird es kein Aufgeben und keine Resignation vor scheinbar übermächtigen Gegnern geben. Unser Widerstand wird erst richtig mit der Veröffentlichung der AöR – Satzung zu den HKB`s losgehen.

Bis dahin ist ein ständiges auf die Finger schauen und ein ständiges erinnern/Blosstellen der Verantwortlichen aus Stadtrat und Verwaltung bei ihren schändlichen Handeln angesagt.

Zu den wichtigsten Terminen werden sich Vertreter der BI an Sitzungen der AÖR und Stadtrates beteiligen, öffentlich wirksame Demos bei Bedarf eingeschlossen. Beispielhaft für Hinterhältigkeit und Heimtücke von Verantwortlichen aus Verwaltungen stehen die Vorgänge um die Vergärungsanlagen für Fa. Tönnies im Gewerbegebiet Zorbau. Die am vergangenen Montag geäußerten Vermutungen sind zur Gewissheit geworden. Tönnies setzt auf Zorbau als neues Beseitigungszentrum ihrer riesigen Abfallberge von über 7 Millionen Schweinen pro Jahr bzw. 20.000 später noch mehr Schweinen pro Tag. Um es mal bildhaft auszudrücken entspricht dies einer Menschenkette von Tagewerben bis Stadtausgang Kaserne und zurück zum Schlachthof täglich. Was davon noch übrig ist an Überresten landet auf den Feldern im städtischen Umkreis, gleich riesigen Massengräbern. Nach Außen wurde den Beteiligten, d. h. den BI's dem BUND und den Anliegern signalisiert, man hat sich von diesen furchtbaren Plänen verabschiedet. Man will sich zurückziehen (Stand vor ca. 11/2 Wochen). Die Wirklichkeit war aber eine andere. Gegner dieses Projektes einlullen war die ausgegebene Devise. In aller Stille wurde die Zeit genutzt für eine Strategieerarbeitung, die Proteste ins Leere laufen zu lassen und den Bürger zu gegebener Zeit vor vollendete Tatsachen zu stellen. Der Stadt Lützen wurde vergangene Woche mitgeteilt, dass der Antragsteller es sich angeblich anders überlegt hat und nun am Vorhaben festhalten will. Das Landesverwaltungsamt hat Nachforderungen zu den größten Fehlern gefordert, statt den dilettantischen und an diesem Ort nicht genehmigungsfähigen Antrag komplett abzulehnen. So räumt man den Antragsteller Steine aus dem Weg und versperrt gleichzeitig möglichen neuen Einwendern jede Möglichkeit sich gegen dieses furchtbare Vorhaben zu engagieren. Dazu passt auch ein erst vorige Woche bekannt gewordener Fakt bezüglich wasserrechtlicher Genehmigung des Vorhabens. Das Landratsamt des BLK hat heimlich, still und leise gleich nach der Schlappe im 1. Erörterungstermin die wasserrechtliche Genehmigung zum Bau der 2 Vergärungsanlagen im Trinkwasserschutzgebiet „Langendorfer Stollen“ erteilt. Wo jeder einfache Bürger mit seinen Heizöltank, seinen Carport usw. die größten Probleme bekommt, scheint für die Behörde dieses schlimmste aller denkbaren Gefahrenpotentiale nicht zu existieren. Es wird noch nicht einmal bekannt gegeben, Argumente für und wider diskutiert und veröffentlicht, geschweige denn eine parlamentarische Entscheidung eingeholt. Bereits vergangene Woche war das Schweigen der Weißenfelder Verwaltung zu diesen Vorgängen Gegenstand der Demo. Nun rundet sich das Bild. Auf allen Ebenen vom Land S. – A., dem MLU, dem Landesverwaltungsamt zu Landkreis - und Stadtverwaltung überall die Gleichschaltung um die Interessen des größten Schlachtkonzerns Europas durchzusetzen und um vor allem vollendete Tatsachen an den Bürgern, den Betroffenen vorbei zu schaffen. Die BI's haben vergangene Woche von den am meisten betroffenen Firmen ein aufmunterndes Signal erhalten. Darin heißt es“ **Der Kampf geht also weiter, wir geben nicht auf!**“. Gemeinsam müssen Gewerbe, Bürger, Anwohner, Naturschutzverbände und BI's alles in ihren Kräften stehende tun damit dieser Albtraum für die Zukunft unserer Stadt nicht Wirklichkeit wird. Weißenfels gehört den Menschen, die hier wohnen, ihren Kindern und deren Zukunft. Diese Stadt darf nicht zum größten Schlachtplatz und größten Massengrab Europas verkommen. Bitte nennen sie bei den bevorstehenden Wahlen ruhig Roß und Reiter der für diese aus dem Ruder gelaufene Entwicklung Verantwortlichen.